

25.09.2014: Wichtige Themen aus der Gemeindevertretung

Strande freut sich über den Förderbescheid zur Promenadenneugestaltung

Nach der Inaussichtstellung einer 55 %igen Förderung durch das Land, beschloss die GV am 26.8.2014 in einer Sondersitzung, diese Maßnahme umzusetzen. Nachdem noch einige zusätzliche Auflagen und Änderungen für den Bewilligungsantrag umgesetzt werden mussten, wurden am 05.09.2014 die Fördermittel in Höhe von 540.000,00 € schriftlich bestätigt. Das beauftragte Planungsbüro Bendfeldt ist zur Zeit mit Hochdruck dabei, die Ausführungsplanung zu vervollständigen und die Leistungen auszuschreiben, damit schon im November 2014 der Auftrag erteilt werden kann. Alle hoffen jetzt auf einen milden Winter, um im März 2015 so weit wie möglich mit dem Umbau zu sein. Von Mai bis August sollte die Promenade natürlich voll funktionsfähig bleiben. Die Arbeitsgruppe der Gemeindevertretung, bestehend aus Thomas Behrenbruch (SPD), Dr. Rudolph Förster (CDU), Jörn Clahsen (FDP) und zeitweise Bürgermeister Dr. Klink hat bisher harmonisch und effektiv alle anstehenden Fragen gelöst. Der intensive Einsatz unseres Bürgermeisters gerade in der Frage der Einwerbung von Fördermitteln, wurde von allen Beteiligten anerkannt und gelobt.

Entwicklung Bülker Huk geht voran

Nach dem Abriss der Bundeswehrbaracken auf dem Unterland, hat sich die Arbeitsgruppe die Aufgabe gestellt neue Nutzungsmöglichkeiten für den Bereich Bülker Huk zu entwickeln. Vorgabe für alle Alternativen ist, dass nicht mehr Verkehr als jetzt für den Bülker Weg entstehen soll. Im Sommer stehen bis zu 50 Fahrzeuge (PKW u. Wohnmobile) am Ende des Bülker Weges. Um diesen Verkehr besser zu ordnen, wurde von der AG ein bewirtschaftetes Parkplatzkonzept für PKW und Wohnmobile entwickelt, das von der Arbeitsgruppe, bestehend aus Thomas Behrenbruch (SPD), Dr. Siemon (CDU), Uli Kauffmann (FDP) vor allem auf seine Wirtschaftlichkeit weiter geplant wurde, da sich diese Idee als am ehesten machbar herausstellte. Dabei wird auch geprüft, ob sich der Gedanke einer Sperrung des Bülker Weges im Bereich des Surfiosk wirtschaftlich umsetzen lässt, da hierfür zusätzlich eine Wendemöglichkeit in diesem Bereich geschaffen werden müsste. Außerdem könnte dort, wo jetzt die Fahrzeuge parken, ein Aussichtswall mit Sitzmöglichkeiten entstehen, um weiteres Parken an dem Bülker Weg zu verhindern.

Die Nutzung des Oberlandes wird ebenfalls noch in unsere Überlegungen einbezogen, wobei sich hier ohne Investor für die Gemeinde voraussichtlich kaum etwas Sinnvolles umsetzen lässt.

Strande wechselt zum Wasserversorgungsverband Dänischer Wohld

Zum 1.10.2015 will Strande sein Wasser künftig regional vom Wasserbeschaffungsverband Dänischer Wohld (WBV) beziehen. Gleichzeitig wird der Versorgungsvertrag mit den privatisierten Stadtwerken Kiel gekündigt. Dies beschloss die Gemeindevertretung mehrheitlich mit einer Nein-Stimme und einer

Enthaltung am 26.8. Die Gemeinde wird damit gleichberechtigtes korporatives Mitglied im Wasserbeschaffungsverband, erhält Miteigentum an dessen Vermögen und kann über alle Entscheidungen mitbestimmen. Der Wasserbeschaffungsverband hat grundsätzlich keine Gewinnerzielungsabsicht, sondern dient der bestmöglichen Eigenversorgung der Mitglieder. Die Gebühren für die neuen Wasserbezieher aus Strande werden voraussichtlich über Jahre stabil auf dem jetzigen hohen Niveau bleiben. Erst nach 25 Jahren und nach Abzahlung der aufgenommenen Kredite für den Ankauf des Netzes durch den WBV und die Verlegung von zwei zusätzlichen Versorgungsleitungen können die Gebühren für die neuen Strander auf das Niveau der Gebühren für die sonstigen Mitglieder im WBV abgesenkt werden.

Mehr zum Wasserbeschaffungsverband finden Sie auf dessen Homepage:

www.wbv-daenischer-wohld.de.

Bedarf an zusätzlichen seniorengerechten Wohnungen in Strande

Das von der SPD Anfang des Jahres 2014 eingebrachte Thema und die dann entwickelte Vorgehensweise wurde von den anderen Fraktionen zum Teil positiv aufgenommen. Aus dieser Zusammenarbeit ist überfraktionell ein Fragebogen entstanden, der im Juli durch das Amt mit dem Mitteilungsblatt an die Strander Haushalte verteilt wurde.

Das Ergebnis dieser Aktion liegt jetzt vor. Befürworter und Ablehnende hielten sich in etwa die Waage. Es wurden auch viele ausführliche Gründe sowohl für die Ablehnung als auch Wünsche der Befürworter geäußert, die für die weitere Arbeit aufschlussreich und wegweisend sein werden, an dieser Stelle aber nicht explizit erwähnt werden.

Auswertung der Strander Umfrage

ausgegebene Fragebögen	780	
abgegebene Fragebögen	157	20%
Grundsätzlich dafür	80	51%
Grundsätzlich dagegen	70	45%
nicht auswertbar	7	4%

1. Für immerhin 20% der Strander Haushalte ist diese Thematik so wichtig, dass sie sich an der Umfrage beteiligt haben.
2. Von den Rückläufern haben 51%, das heißt 10 % der Strander Bevölkerung einen Bedarf für sich persönlich für seniorengerechtes Wohnen im Alter, wie von der Gemeinde vorher definiert, gesehen.
3. Von den 157 Antworten wünschen sich 21% (oder 34 Haushalte) der Antwortenden oder 4,3 % der Strander Gesamthaushalte innerhalb der nächsten 6 Jahre ein entsprechendes Angebot in Strande.
4. Von den 157 Antworten sind 24% im Alter zwischen 51 und 70 Jahren. Im Anteil an den Strander Gesamthaushalten wären dies 4,8 % .
5. Von beiden Gruppen - den Ablehnenden und Befürwortern - wird die Aufrechterhaltung der Infrastruktur (Kaufmann Schroeder, Busverbindung) bzw. Ausbau (Ärzteversorgung) gleichermaßen für bedeutsam angesehen.
6. Im Gesamtergebnis kommen wir deshalb zu der Bewertung, dass für 10% der Haushalte ein Bedarf in Strande vorhanden ist.

7. Daraus leitet die SPD die Notwendigkeit ab, dieses Thema innerhalb dieser Amtsperiode bis 2017 zu verfolgen.

Bisherige Behandlung in den Gremien:

- Im Umwelt- und Bauausschuss am 16.9.2014 wurde von SPD und FDP eine Projektgruppe, bestehend aus den 3 Fraktionen vorgeschlagen, die die Realisierungsmöglichkeiten und möglichen Probleme prüfen und der GV bis zum 4. Quartal 2015 einen Bericht bzw. einen Vorschlag vorlegen soll. Der Antrag wurde bei 4 Ja – und 4 Nein-Stimmen und damit einem Stimmenpatt abgelehnt.
- Im Sozial-, Kultur- und Tourismusausschuss wurde der gleiche Antrag einstimmig angenommen.
- Die Entscheidung, ob das Thema nun weiter voran getrieben werden soll, fällt nun am 28.10.2014 in der Gemeindevertretung.